

## A6NEU Gemeinsam, gerecht und sozial: Alle mitnehmen!

Gremium: KVo Potsdam

Beschlussdatum: 24.01.2019

### Text

#### 1976 Toleranz in Potsdam leben

1977 Potsdam ist bunt! Als Partei und Stadtfraktion sind wir Mitglied im Bündnis  
1978 „Potsdam bekennt Farbe!“ und somit Teil eines breiten gesellschaftlichen  
1979 Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in den kommenden Jahren  
1980 entschiedene Signale für ein weltoffenes, tolerantes Potsdam für eine  
1981 solidarische Stadtgesellschaft ohne Ausgrenzungen und gegen rechtsextreme  
1982 Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen und Orten in  
1983 Potsdam ein.

1984 Dafür machen wir uns stark:

- 1985 • Aktive Unterstützung des Bündnisses "Potsdam bekennt Farbe" durch  
1986 gemeinsame Aktionen für Demokratie, Weltoffenheit, gegen Rechtsextremismus  
1987 und Rassismus
- 1988 • Ausbau des interkulturellen und interreligiösen Dialoges in Potsdam z.B.  
1989 begrüßen wir den Aufbau der Synagoge, die Versöhnungsarbeit der Nagel-  
1990 Kreuzgemeinde, die Aktivitäten der muslimischen Gemeinde und der  
1991 französisch-reformierte Kirche sowie andere Dialoge der Religionen und  
1992 Glaubensgemeinschaften im Sinne des „Neuen Potsdamer Toleranzediktes“
- 1993 • um Minderheitenrechte zu stärken, Diskriminierungen entgegenwirken und  
1994 Hilfen zu ermöglichen, z. B. von Geflüchteten, Lesben, Schwulen, Bi- und  
1995 Transsexuellen (LSBTIQ\*), Wohnungslosen u.a. regen wir an, die Benennung  
1996 einer Ansprechpartner\*in für die Belange von LSBTTIQ\* im Büro für  
1997 Chancengleichheit

#### 1998 Sozialen Zusammenhalt in allen Generationen 1999 fördern

2000 Der soziale Zusammenhalt in allen Generationen unserer Stadtgesellschaft und die  
2001 Unterstützung von Bürger\*innen in persönlichen finanziellen oder  
2002 gesundheitlichen Notlagen, bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel  
2003 kommunaler Politik. Wir fordern eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die  
2004 Anlehnung der Löhne an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, bei der  
2005 Vergabe an freie Träger der sozialen und gesundheitsversorgenden Arbeit.  
2006 Die großen Unterschiede und Zusammenhänge im Bereich von Einkommen und Zugang zu  
2007 guter Bildung sind vielfältig wissenschaftlich erforscht und dokumentiert.  
2008 Kinderarmut gerade in bildungsfernen Familien, viele davon mit  
2009 Migrationshintergrund, drückt sich auch durch die Verdrängung der weniger gut  
2010 gestellten Familien aus gewachsenen, solidarischen Nachbarschaften der  
2011 Innenstädte in die oft weniger attraktiven Außenbezirke (Gentrifizierung). Dabei  
2012 ist es für den solidarischen Zusammenhalt in Potsdam wichtig, dass die

2013 vielfältigen Lebensweisen in allen Stadtteilen vertreten sind und einander offen  
2014 gegenüber treten. Wir setzen uns dafür ein, dass in Projekten wie der  
2015 Gartenstadt Drewitz Raum für alle Einkommensschichten geboten wird.

2016 Dafür machen wir uns stark:

- 2017 • Soziale und ökologische Projekte nach dem Beispiel der „Gartenstadt  
2018 Drewitz“. Sie ist ein positiver Ansatz zur Verbesserung der Lebensqualität  
2019 der Menschen und ist beispielgebend für andere Stadtteile von Potsdam und  
2020 andere Regionen. Dafür sprechen auch zahlreiche Auszeichnungen, wie dem  
2021 Deutschen Städtebaupreises 2014 und einer Auszeichnung im Bundeswettbewerb  
2022 „Kommunaler Klimaschutz 2014“

## 2023 Familien vor sozialem Abstieg schützen- Armen 2024 Kindern Teilhabe ermöglichen und Perspektiven 2025 eröffnen

2026 Potsdam wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien  
2027 können in Potsdam gut leben. Die Schattenseite in Potsdam ist, dass ca. 15 %  
2028 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Als arm gelten  
2029 3765 Kinder und Jugendliche im Bezug von ALG II Leistungen des SGB II. Diese  
2030 Kinder haben keine Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft  
2031 und damit auch weniger Perspektiven für die Zukunft.

2032 Deshalb ist es Ziel Grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und  
2033 Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels  
2034 frühzeitiger Bildung-, Jugend- und Sozialarbeit soll individuelle Problemlagen  
2035 und deren Verstetigung entgegengewirkt werden. Eine Stadt wie Potsdam kann die  
2036 Ursachen von Armut nicht beheben - vieles hängt von der Landes- und  
2037 Bundesgesetzgebung ab - kann aber deren Folgen minimieren.

2038 Dafür machen wir uns stark:

- 2039 • eine regelmäßige kommunale Armuts- und Reichtumsberichterstattung
- 2040 • Fortschreibung und Monitoring der Maßnahmen zur Minimierung der Folgen von  
2041 Armut
- 2042 • eine kostenfreie Bildung (Materialien, Klassenfahrten,  
2043 Nachmittagsangebote, Speisen)
- 2044 • die Einführung einer Bildungskarte, nach dem Beispiel der Stadt Münster.  
2045 Mit der Bildungskarte bezahlen berechnete Kinder und Jugendliche die

- 2046 Kosten für Tagesausflüge, Mittagessen, Lernförderung oder Vereinsbeiträge  
2047 direkt am Ort, ohne Papiergutschein oder Bargeld.
- 2048 • leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder,  
2049 Jugendliche und Eltern.
- 2050 • keine Zwangsräumung von Familien mit Kindern aus städtischen Wohnungen
- 2051 • Vereinfachung und Hilfen bei der Beantragung von Unterstützungsleistungen  
2052 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT) für Familien mit geringem  
2053 Einkommen
- 2054 • Pflegekinderdienst personell aufstocken, bessere Einflussmöglichkeiten bei  
2055 Problemfällen in Elternhäusern und Pflegefamilien
- 2056 • Projekt „Leihgroßeltern“: Unterstützung Alleinerziehender und überlasteter  
2057 Familien
- 2058 • verstärkte Investitionen in die Prävention, um langfristig den Bedarf an  
2059 Hilfen zur Erziehung (HzE) zu verringern. Zur Prävention zählen z.B. die  
2060 verlässliche Finanzierung von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise  
2061 Frühförderung, Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von  
2062 Familienfreizeiten und Familienerholung

## 2063 **Bezahlbares Wohnen ermöglichen**

2064 Eine Aufgabe der Stadt ist es, für alle Bürger\*innen bezahlbaren Wohnraum in  
2065 allen Stadtteilen vorzuhalten und sozialökonomisch durchmischte Wohngebiete zu  
2066 ermöglichen.

2067 Die kommunalen Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare  
2068 Wohnmöglichkeiten für Familien, Menschen mit Behinderung und Senior\*innen  
2069 vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollten generationenübergreifende und  
2070 gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden.

2071 Die bisherige Politik der kommunalen Wohnungsunternehmen muss hinsichtlich der  
2072 Eigentumsbildung für Familien auf den Prüfstand gestellt. Modelle für die  
2073 Eigentumsentwicklung, gerade für Menschen in Sozialberufen, müssen in allen  
2074 Stadtteilen gefördert werden. Neben der Stabilität des Wohnumfeldes wirkt dies  
2075 auch der Altersarmut entgegen. Der mögliche Eigentumserwerb kann Anreize setzen  
2076 für Menschen zum Beispiel in Sozialberufen in der Stadt Potsdam zu wohnen und zu  
2077 arbeiten.

2078 • Neue Modelle zu Miete und Eigentumsbildung für niedrige und mittlere  
2079 Einkommen zu entwickeln, gerade für Sozialberufe in Potsdam

2080 • Subventionierter Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen in allen  
2081 Stadtteilen

2082 • Eigentumswohnungen im Niedrigkostensegment schaffen (mit Möglichkeit des  
2083 Eigenausbaus, mit Bereitstellung eines Kapitalstocks, mit Bürgschaften  
2084 oder über einen Rotationsfonds für Sozialberufe; auf bodenbezogene Steuern  
2085 verzichten; pro-bono Notare finden)

## 2086 Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit

2087 Seit vielen Jahren machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gelebte  
2088 Gleichstellung von Männern und Frauen stark. Dabei geht es uns sowohl um die  
2089 gerechte Verteilung von Führungspositionen zwischen Frauen und Männern als auch  
2090 um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf kommunaler Ebene setzen  
2091 wir uns verstärkt für mehr Frauen in der Verwaltungsspitze und in öffentlichen  
2092 Ämtern ein. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel hinarbeiten,  
2093 Frauen wie Männern Beruf/Karriere und Familie zu ermöglichen. Wir Bündnisgrünen  
2094 setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als unterschätztes Problem öffentlich  
2095 zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen einen Schutzraum zu bieten.

2096 Dafür machen wir uns stark:

- 2097 • Wir wollen die Gleichstellung von Frauen vor Ort voranbringen und die  
2098 kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrer Arbeit stärken.
- 2099 • in Potsdam ein offenes und modernes Gesellschaftsbild ohne Diskriminierung  
2100 leben:
  - 2101 ◦ weitere Begleitung und Umsetzung des Konzepts zur Vermeidung  
2102 sexistische Werbung in Potsdam sowie der Kontaktstelle für  
2103 Beschwerden über sexistische Werbung
  - 2104 ◦ an öffentlichen Plätzen geschlechterdifferenzierte Analysen  
2105 durchführen und die Sicherheit für Frauen und andere diskriminierte  
2106 Personengruppen gewährleisten (z.B. durch Frauentaxis oder  
2107 Heimwegtelefon)
  - 2108 ◦ in städtisch-öffentlichen Gebäuden Unisex-Toiletten einrichten
  - 2109 ◦ geschlechtergerechte Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- 2110 • Paritätische Besetzung in Verwaltungsspitzen (Fachbereichsleitung),  
2111 öffentlichen Ämtern bzw. Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von  
2112 städtischen Gesellschaften
- 2113 • ein Frauenbeirat für Potsdam
- 2114 • Initiation eines Frauenpreises der Stadt Potsdam für besondere Verdienste  
2115 um die Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt
- 2116 • nach dem Vorbild des von der Bündnisgrünen Fraktion im brandenburgischen  
2117 Landtag initiierten Paritätsgesetzes wollen wir uns für ein paritätisch  
2118 besetztes Stadtparlament einsetzen
- 2119 • Von sexualisierter und häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder  
2120 dürfen wir nicht allein lassen. Wir wollen Frauenhäuser und  
2121 Frauenschutzwohnungen verlässlich und ausreichend finanzieren.

- 2122 Pädagogische Angebote in Frauenhäusern, Frauenberatungsangebote und  
2123 präventive Maßnahmen wollen wir weiter ausbauen.
- 2124 • weiteren Mädchentreff in benachteiligten Stadtteilen schaffen
- 2125 • Orte der interreligiösen Austauschs für Frauen schaffen
- 2126 • Förderung der Gründung eines Zentrums für geflüchtete Frauen mit  
2127 selbstbestimmter Leitung und Gestaltung durch geflüchtete Frauen

## 2128 **Teilhabe von Senior\*innen am städtischen Leben**

2129 Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss  
2130 angesichts einer stetig alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund  
2131 treten. Dies betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die  
2132 Beförderung von Mehrgenerationenprojekten. Begegnungsstätten mit qualitativ  
2133 hochwertigen Angeboten mit der Beteiligung der Senior\*innen in den Stadtteilen  
2134 finden wir wichtig und erhaltenswert.

2135 Dafür machen wir uns stark:

- 2136 • Generationengerechtigkeit – z.B. Senioren-Treffs in den Stadtteilzentren
- 2137 • Servicewohnen für Senioren bei Neubauprojekten (beispielsweise in  
2138 Krampnitz)
- 2139 • altersgemischtes Wohnen fördern
- 2140 • altersgerechte Mobilität gestalten und fördern
- 2141 • Parks und Gärten als Erlebnisräume für Senior\*innen gestalten (Spiele,  
2142 Begleitungen, Vorträge, gesunde Ernährung)
- 2143 • Projekte für Arbeit für Ältere fördern

## 2144 **Junge Räume schaffen - Jugendhilfe stärken**

2145 Jugend bedeutet für uns freie Entfaltung. Dafür braucht es die richtigen  
2146 Voraussetzungen, Räume, Flächen, Angebote und vor allem: Freiheiten.

2147

2148 Um Diskriminierung den Rücken zu kehren und Risiken für Jugendliche zu  
2149 minimieren, wollen wir moderne und offene Aufklärungsarbeit im Bezug auf  
2150 Drogenkonsum, queeres Leben und psychische Belastung leisten.

2151

2152 Um Chancenungleichheit zu bekämpfen, wollen wir Nachhilfeangebote für sozial und  
2153 finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche stärken und ausbauen – auch  
2154 durch Kooperationen mit der Lehramtsfakultät der Universität Potsdam. Auch  
2155 gesundheitlich beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sollen gestärkt und vor  
2156 Stigmatisierung (beispielsweise bei Legastheniker\*innen) geschützt werden.

2157

2158 Wir wollen nicht-kommerzielle Räume für junge Menschen schaffen. So sollen für  
2159 Jugendliche ohne eigenes Einkommen gute Alternativen zu teuren Kneipen und

2160 kommerziellen Treffpunkten angeboten werden. Die Stadt Potsdam soll Räume zur  
2161 Verfügung stellen und gegebenenfalls Vereine als Träger der Projekte  
2162 unterstützen. Mit gutem Beispiel vorangehen, wollen wir im Staudenhof-  
2163 Baukomplex. Dort möchten wir auf einer gesamten Etage einen „Solispace“  
2164 einrichten, inklusive einer nichtkommerziellen Kneipe, Umsonstladen,  
2165 Tischkicker-Räumen und Co-Working-Space. Es sollen nicht nur Freizeiträume,  
2166 sondern auch Orte für ungestörtes Arbeiten mit kostenlosem W-LAN entstehen.

2167  
2168 Freizeiträume sind jedoch nicht immer von vier Wänden umgeben. Wir setzen uns  
2169 dafür ein, dass zukünftig mehr Grünflächen – unter anderem in Parks – als  
2170 Liegewiesen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen mehr kostenfreie Grillflächen  
2171 mit feuersicheren Entsorgungsmöglichkeiten angeboten werden. Wir wollen, dass  
2172 mehr frei zugängliche Sportflächen geschaffen werden. Zum Einen sollen  
2173 Schulsportanlagen nachmittags und am Wochenende der Öffentlichkeit zur Verfügung  
2174 stehen, zum Anderen sollen neue Anlagen, beispielsweise zum Skaten, errichtet  
2175 werden. Zudem wollen wir mehr legal zugängliche Badestellen schaffen.

2176  
2177 Dafür machen wir uns stark:

- 2178 • moderne und offene Aufklärungsarbeit (Drogenkonsum, queeres Leben,  
2179 psychische Erkrankungen)
- 2180 • Nachhilfeangebote für gesundheitlich, sozial und finanziell Benachteiligte
- 2181 • nicht-kommerzielle "Solispaces" mit Kneipen, Co-Working-Spaces und Co.
- 2182 • freies WLAN an gut besuchten, öffentlichen Plätzen
- 2183 • mehr Liegewiesen, Badestellen, Grillflächen, Sportflächen & Skate-Anlagen
- 2184 • Räume für Jugend-Initiativen, -zentren und -treffs schaffen und erhalten

2185 Seit dem 30. Juni 2018 sind die Brandenburger Kommunen verpflichtet, Kinder und  
2186 Jugendliche in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten zu beteiligen. So  
2187 schreibt es der neue Paragraf 18a der Brandenburger Kommunalverfassung  
2188 gesetzlich vor. Dort wird auch bestimmt, dass die Kommunen dafür  
2189 Beteiligungsformate entwickeln und nachweisen müssen, sie die Beteiligung  
2190 sichergestellt haben.

2191 Dafür machen wir uns stark:

- 2192 • Aufstockung der Mittel des Potsdamer Kinder- und Jugendbüro für die  
2193 Entwicklung und Begleitung von Formaten, die Beteiligung in all den  
2194 geforderten Gemeindeangelegenheiten sicherstellen
- 2195 • Etablierung eines ausfinanzierten Kinder- und Jugendparlaments (KiJuPa)  
2196 für die Stadt Potsdam, dessen Konzeption einen Etat vorsieht sowie  
2197 sicherstellt, dass die im KiJuPa getroffenen Entscheidungen durch die  
2198 Verwaltung auch umgesetzt werden

## 2199 Integration von Migrant\*innen fördern

2200 Wir sehen in der Integration der Geflüchteten und Migrant\*innen in Potsdam  
2201 Chancen und Herausforderungen, die weiterhin anzugehen sind. Daraus formulieren  
2202 wir den Auftrag an die Stadtverwaltung und die Bürger\*innen, positive  
2203 Entwicklungen und Projekte zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv  
2204 entgegenzusteuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen  
2205 zur Integration der Geflüchteten.

2206 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist weiterhin die bislang praktizierte, dezentrale,  
2207 stadtweite Unterbringung von Geflüchteten, auch in geeignetem Wohnraum in allen  
2208 Stadtteilen notwendig. Weiterhin ist anzustreben, die Aufenthaltsdauer in  
2209 Gemeinschaftsunterkünften, schrittweise zu reduzieren.

2210 Wir begrüßen und unterstützen die Interessenvertretung und die Arbeit des  
2211 Migrantenbeirates in Potsdam.

2212 Auf Bundes- und Landesebene müssen endlich Möglichkeiten geschaffen werden, dass  
2213 Migrant\*innen, ein kommunales Wahlrecht erlangen. Dafür werden wir uns weiterhin  
2214 einsetzen.

2215 Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat 2018 beschlossen, dass die Stadt  
2216 ein „sicherer Hafen“ für in Seenot geratene Geflüchtete wird. Im Rahmen der  
2217 europa- und bundesweiten Initiative „Seebrücke“ setzen wir uns dafür ein, das  
2218 Sterben im Mittelmeer zu beenden. Wir setzen uns für die Entkriminalisierung der  
2219 Seenotrettung ein. Wir wollen auf dem von uns mitgetragenen Beschluss der  
2220 Stadtverordnetenversammlung zur Solidarität mit Seenotrettungsmissionen und  
2221 Aufnahme von Geflüchteten aus Seenot aufbauen und ihn durch zügige Maßnahmen  
2222 konkretisieren. Die Stadt soll Seenotretter\*innen für ihre großartige Arbeit  
2223 auszeichnen.

2224 Dafür machen wir uns stark:

- 2225 • Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen, vorübergehend in kleinen  
2226 Gemeinschaftsunterkünften
- 2227 • Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten, Migrant\*innen und anderen  
2228 sozial Benachteiligten stärken
- 2229 • gute fachliche Beratung und Betreuung von Geflüchteten ausweiten;  
2230 zivilgesellschaftliches Engagement fördern
- 2231 • Gemeinschaftsbildung voranbringen
- 2232 • Erhöhung des Budgets zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen im  
2233 städtischen Haushalt
- 2234 • Förderung des Projekts „Stadtteilmütter“ zur schnellstmöglichen Einbindung  
2235 von jungen Zuwandererfamilien
- 2236 • kurzfristig: Feste, Begegnungen unterstützen; mittelfristig: Aufenthalts-  
2237 und Lebensqualität in den Plattensiedlungen stärken (wie am Schlaatz und

2238 in Drewitz begonnen), weitere (interkulturelle) Nachbarschaftsgärten  
2239 fördern und bestehende Gärten sichern

2240 • Beschluss der Stadtverordnetenversammlung "Sicherer Hafen" konsequent  
2241 umsetzen durch Schaffung von kommunalen Regelungen zur Aufnahme  
2242 Geflüchteter aus Seenotrettung, aber auch im Zuge von Kontingenten (z.B.  
2243 Jesid\*innen und aus den Geflüchtetenlagern in den Anrainerstaaten der  
2244 Kriegsschauplätze, bzw. Griechenland, Italien, Malta und Spanien)

2245 • Verhandlungen im deutschen Städtetag, um die legale Integration dieser  
2246 Geflüchteten zu ermöglichen

2247 • Seenotretter\*innen auszeichnen

2248

## 2249 **Teilhabe von Menschen mit besonderen** 2250 **Herausforderungen**

2251 Zu einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft gehört auch die  
2252 Unterschiedlichkeit aller Menschen. Zur Verwirklichung einer selbstbestimmten  
2253 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen setzen wir  
2254 uns für den Abbau aller Arten von Barrieren ein, wie es im Teilhabeplan der  
2255 Stadt Potsdam beschrieben ist. Dieses wollen wir weiter unterstützen und  
2256 kontinuierlich weiterentwickeln.

2257 Barrierefreiheit bedeutet auch die Ermöglichung eines eigenständigen Lebens.  
2258 Dazu gehören eine Auswahl von flexiblen Hilfsangeboten und umfassenden  
2259 Informationen, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen  
2260 verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Die Leistungsform des  
2261 „persönlichen Budgets“ kann in vielen Fällen eine selbstbestimmte Lebensführung  
2262 verbessern und stärken. Es bedarf daher einer fachlichen optimierten Beratung,  
2263 Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung des „persönlichen Budgets“.

2264 Dafür machen wir uns stark:

2265 • Umsetzung des Teilhabeplans und finanzielle Unterstützung der dazugehörigen  
2266 Projekte

2267 • speziell für die Arbeit sollten Inklusionsprojekte, wie vom  
2268 Bundesteilhabegesetz (Teilhabe an Arbeit und Berufsbildung) vorgesehen,

- 2269 besser gefördert werden. Auch hier ist die Umsetzung des Teilhabepplans  
2270 finanziell zu untersetzen.
- 2271 • Ausruf eines Jahresthemas der Stadt zur Inklusion von Menschen mit  
2272 Beeinträchtigungen mit öffentlichen Veranstaltungen und Workshops
- 2273 • barrierefreie Ausgestaltung der Stadtverwaltung
- 2274 • eine unabhängige Beratungsstelle mit Begegnungshaus und Café für Menschen  
2275 mit Behinderung
- 2276 • Projekte für gemeinsames Wohnen für junge Erwachsene mit Behinderungen und  
2277 deren Förderung
- 2278 • gemeinsame Sportprojekte für Menschen mit und ohne Behinderungen fördern

## 2279 Gesundheitsförderung und Prävention weiter 2280 ausbauen

2281 Potsdam ist Mitglied im bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ und zeichnet sich  
2282 dadurch aus, dass Gesundheitsförderung und Prävention in vielen Bereichen der  
2283 Stadtpolitik eine hohe Beachtung findet.

2284 So bietet die Verkehrs- und Mobilitätspolitik der Stadt wesentliche  
2285 Schnittmengen mit dem Bereich Gesundheit, denn Lärm, Staub und Stress können  
2286 krank machen. Gemeinsam mit den Bewohner\*innen wollen wir Ideen für ein gesundes  
2287 Leben in den Stadtteilen entwickeln und die Lebensbedingungen in der Stadt so  
2288 gestalten, dass urbanes Leben ohne unnötige Gesundheitsbelastungen und –gefahren  
2289 attraktiv bleibt. Umso wichtiger ist es daher, sich für ein vielfältiges Angebot  
2290 von Freiräumen in der Stadt stark zu machen.

2291 Wir haben in Potsdam sehr gute Möglichkeiten Gesundheitsförderung und Prävention  
2292 praktisch umzusetzen. Dennoch sind wir als Stadt noch nicht optimal auf soziale  
2293 Benachteiligungen, die Alterung und die Pflegebedürftigkeit der Menschen  
2294 eingestellt. Ein hohes Gesundheitsrisiko besteht beispielsweise aufgrund von  
2295 Armut durch dauerhaft geringe Einkommen oder durch Langzeitarbeitslosigkeit und  
2296 drückt sich z.B. durch einseitige Mangel- bzw. Überernährung, oder durch  
2297 vermehrte Suchtmechanismen, wie Alkoholmissbrauch aus.  
2298 Die offensichtlichen sozialen Ungleichheiten führen bei immer mehr Menschen,  
2299 insbesondere bei betroffenen Kindern und Jugendlichen, oft zu gesundheitlichen  
2300 Einschränkungen bis hin zu Schädigungen. Hier braucht es strategische,  
2301 zielgerichtete Konzepte und Netzwerke, um gegen die gesundheitlichen Folgen von  
2302 Armut vorzugehen.

2303 Fakt ist es, dass in unserer Stadt viele Ältere und immer mehr pflegebedürftige  
2304 Menschen leben. Hier ist eine ganzheitliche Ausgestaltung nötig, die bei den  
2305 Wohnformen beginnt und mit Teilhabe z.B. durch ärztliche Hausbesuchen  
2306 oder ambulante und stationäre, medizinische Versorgung zusammenhängt. Hier sind  
2307 noch Reserven in den vielfältigen Netzwerken vorhanden. Deshalb begrüßen wir  
2308 Initiativen wie die Fachstelle "Altern und Pflege im Quartier" im Land  
2309 Brandenburg mit ihrer Geschäftsstelle in Potsdam und die interdisziplinäre

2310 Arbeit (Pflege- und Sozialarbeit) des Pflegestützpunktes Potsdam u.v.a., die  
2311 hier auf den immer höher werdenden Pflegebedarf reagieren.

2312 Dafür machen wir uns stark:

- 2313 • Ausbau von Präventionsangeboten, in Bezug auf Umwelt- und Mobilität
- 2314 • Strategische und zielgerichtete Konzepte und Stärkung von Netzwerken, um  
2315 gegen die gesundheitlichen Folgen von Armut vorzugehen
- 2316 • Aufbau einer kommunalen Altenhilfe- und Pflegeplanung und Alternsgerechte  
2317 Quartiersentwicklung in möglichst allen Stadtteilen in Potsdam
- 2318 • Ausbau altersgerechter, möglichst lange ambulanter Wohnformen und von  
2319 anderen alltagsunterstützenden Angeboten